

13:22 | Verbraucher

"Bierkartell" soll verbotene Preisabsprachen getroffen haben

Bundeskartellamt ermittelt gegen mehr als ein Dutzend Brauereien



Foto: DAPD

"Bierkartell" soll verbotene Preisabsprachen getroffen haben

Bonn (dapd). Große deutsche Brauereien sollen in einem "Bierkartell" verbotene Preisabsprachen getroffen haben. Das Bundeskartellamt ermittelt deshalb gegen mehr als ein Dutzend Brau-Unternehmen. Das Verfahren befindet sich bereits in der letzten Ermittlungsphase und sollte noch im Sommer abgeschlossen werden, sagte ein Behördensprecher am Freitag der Nachrichtenagentur dapd.

Das Nachrichtenmagazin "Focus" berichtete, es handle sich um das größte Kartellverfahren in der Geschichte der Bierbranche. Der Marktanteil der Unternehmen, gegen die das Kartellamt ermittelt, belaufe sich zusammen auf rund 50 Prozent. Den Brauereien drohen nach "Focus"-Informationen Bußgelder in dreistelliger Millionenhöhe. Der Behördensprecher wollte dies allerdings nicht bestätigen. Die Höhe möglicher Bußgelder sei noch offen, sagte er.

Zu den Beschuldigten zählen nach Angaben des Magazins unter anderem die Brauereien Warsteiner und Krombacher, die internationalen Braugruppen Carlsberg (Holsten) und AB-Inbev (Becks) sowie die Familienunternehmen Erdinger, Bitburger und die Getränkepartei des Lebensmittelkonzerns Oetker mit den Marken Radeberger und Jever.

Die Warsteiner Brauerei bestätigte auf dapd-Anfrage, dass das Kartellamt gegen das Unternehmen ermittle. "Es geht um die Frage, ob unser Unternehmen möglicherweise in der Vergangenheit an horizontalen Preisabsprachen teilgenommen hat", berichtete die Brauerei. Ergebnisse der Untersuchung lägen Warsteiner aber noch nicht vor.

Warsteiner und Bitburger bestätigen Ermittlungen

Auch eine Bitburger-Sprecherin räumte ein: "Das Kartellamt hat uns darüber informiert, dass ein Verfahren wegen des Verdachts der Verletzung des Wettbewerbsrechts eingeleitet worden ist." Darüber hinaus wollte das Unternehmen sich nicht zu dem laufenden Verfahren äußern. Radeberger, Carlsberg, AB-Inbev und Erdinger lehnten jede Stellungnahme zu den

Vorwürfen ab. Von Krombacher war zunächst keine Reaktion zu erhalten.

Das Bundeskartellamt hatte in den vergangenen Jahren wiederholt Kartellverstöße im deutschen Konsumgütermarkt aufgedeckt. So verhängte die Behörde gegen 15 Drogerieartikel-Hersteller - darunter Henkel, Beiersdorf und Procter & Gamble - Geldbußen in einer Gesamthöhe von 63 Millionen Euro, weil sie an einem verbotenen Informationsaustausch über Rabatte und Preiserhöhungen teilgenommen haben sollen.

Die Bußgelder gegen elf Süßwarenhersteller - darunter Ritter, Katjes, Haribo und Nestle - wegen verschiedener Kartellverstöße summierten sich auf rund 60 Millionen Euro. Und von den Kaffeeröstern Tchibo, Melitta und Dallmayr verlangte die Behörde 2009 wegen verbotener Preisabsprachen sogar Bußgelder von fast 160 Millionen Euro.

dapd

© Axel Springer AG 2013. Alle Rechte vorbehalten